

4. Bezahlkarte für Asylbewerber

Motion Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) vom 26. Februar 2024

KR-Nr. 57/2024, RRB-Nr.. 433/17 April 2024, Stellungnahme

Ratspräsident Jürg Sulser: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil): Der Hintergrund zu dieser Motion lautet: Die finanzielle Unterstützung von Asylbewerbern soll in erster Linie dazu dienen, ihre Grundbedürfnisse zu decken und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, während ihr Asylantrag bearbeitet wird. Asylbewerber erhalten also finanzielle Mittel, um Lebenshaltungskosten wie Nahrung, Kleidung und Hygieneartikel zu decken. Somit ist alles klar darauf ausgelegt, die grundlegenden Bedürfnisse von Asylbewerbern zu erfüllen.

Wir möchten nun die rechtlichen Grundlagen anpassen, damit Asylbewerbern die finanziellen Zuwendungen mittels einer Bezahlkarte überwiesen werden können. Auch wenn es sich gemäss Regierungsrat um marginale monatliche Beträge handelt, entsprechen solche Beträge in gewissen Herkunftsländern von Asylsuchenden einer Ganzjahres-Entlohnung für Vollzeitjobs. Weiter sieht man auf Bundesebene klar die Kantone in der Verantwortung bei der Umsetzung eines solchen Projektes. Die positiven Gründe dafür sind offensichtlich: Erstens, es wird sichergestellt, dass die finanziellen Mittel zielorientiert eingesetzt und nicht für Reisen oder Einkäufe in anderen Regionen verwendet werden. Zweitens, Zahlungen ins Ausland an Schlepper, an dubiose Einrichtungen oder Geldversand mittels Dienstleister sollen verunmöglicht werden, was insgesamt zu weniger Missbrauch führt. Drittens, es können effektiv Bedürftige von missbräuchlich antragstellenden Asylanträgen unterschieden werden. Viertens, es gibt dadurch eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung generell gegenüber unserem Asylsystem. Und fünftens, zu guter Letzt: Was im nahen Ausland kosteneffizient funktioniert, dürfte auch bei uns technisch problemlos umsetzbar sein.

Danke, wenn Sie also bei diesem Thema mithelfen, die Spreu vom Weizen zu trennen, und zwar mit einem einfachen und effizienten Prozess in Form einer Bezahlkarte ohne Gebühren für die Geschäfte. Vielen Dank.

Alan David Sangines (SP, Zürich): Ich weiss nicht, ob wir die Debatte heute zweimal führen werden, da nachher noch die PI (KR-Nr. 59/2024) zum gleichen Thema kommt. Eigentlich möchte ich dasselbe einmal in Form einer PI und einmal in Form einer Motion; so viel zum Thema Ratseffizienz.

Dass die SVP sich schon lange von einer konstruktiven Asylpolitik verabschiedet hat, ist nichts Neues. Was allerdings immer wieder überraschend ist, ist, dass die liberale FDP bei solchen Spässen mitmacht. Ich möchte aus der Sitzung vom 15. April 2024 zitieren, und zwar das Votum vom Mario Senn von der FDP, als es

um das Thema «Lohnungleichheit» ging. Da hat er gesagt: «Es ist sehr erstaunlich, dass die GLP eine solche Motion mitunterzeichnet hat. Was soll daran liberal sein, die Zürcher Unternehmen unter einen Generalverdacht zu stellen und mit einer zusätzlichen Auflage, die zu völlig unnötigen administrativen Mehrkosten führt, zu belasten?» Behalten wir uns dieses Votum doch bitte im Kopf, denn es geht um keinen Generalverdacht, keine Bürokratie und keine administrativen Mehrkosten. Doch genau das lösen Sie mit dieser Bezahlkarte aus. Erstens, die Bürokratie: Es ist ein riesengrosser Verwaltungsapparat dazu nötig. Die Karte muss ausgeschrieben werden, die Details müssen auf Verordnungsstufe geregelt werden. Dann muss geschaut werden: Wo ist sie gültig? Muss jede Gemeinde das einführen, ob sie will oder nicht? So viel zum Thema Gemeindeautonomie. Und dann muss das Ganze auch noch umgesetzt werden; also, ein riesiges Bürokratiemonster. Ich möchte mich nicht mit fremden Federn schmücken, «Bürokratiemonster» zur Bezahlkarte ist ein Zitat von FDP-Ständerat Damian Müller, der die Bezahlkarte als Bürokratiemonster ablehnt. Dann die höheren Kosten: Die Bezahlkarten müssen ausgeschrieben werden. Mit den Finanzdienstleistenden, welche die Karten ausgeben, müssen Verträge abgeschlossen und es müssen Gebühren bezahlt werden. Dann muss man Verträge mit allen Geschäften machen, welche die Bezahlkarte akzeptieren sollen. Darum ist es auch lustig, wenn in der Motion steht, dass die Integration erhöht wird, weil man den lokalen Einkauf fördert. Ich will dann sehen, wie jedes Hoflädeli auf dem Land diese Bezahlkarte bei sich einführt, damit man damit bezahlen kann.

In Thüringen hat man das nämlich schon versucht. Dort kosten im Modellprojekt die Karten im Landkreis Greiz 6 Euro, allein um die Karte zu erstellen. Die monatliche Aufladung kostet 1 Euro, allein um sie aufzuladen, ohne dass damit schon Geld ausgegeben wurde. Wenn wir im Kanton Zürich von rund 33'000 Geflüchteten sprechen, haben wir also sechsmal – sagen wir 6 Franken –, sechsmal 30'000 Franken, das macht schon 180'000 Franken. Und wenn die Karte monatlich mit einem Franken aufgeladen würde, dann wären wir bei ungefähr 360'000 Franken Mehrkosten, ohne dass irgendetwas erreicht wurde. Und das alles nur mit dem Ziel, die Betroffenen zu schikanieren. Es ist ein kompliziertes System. Es stellt sich die Frage: Wo kann man damit bezahlen? In Thüringen wollte man es überall einführen, doch je nach Postleitzahl hat die Karte dann nicht mehr funktioniert – im selben Landkreis. Deshalb ist es wirklich nichts anderes als ein teures Bürokratiemonster, das viele Kosten verursacht und nichts anderes als Schikane ist.

Dass bei der SVP kein Unsinn zu teuer ist und keine Schikane zu bürokratisch ist gegenüber Geflüchteten, das ist nichts Neues. Aber erinnern wir uns an das Votum von Mario Senn und ersetzen wir einfach das Wort «GLP» mit «FDP» und das Wort «Zürcher Unternehmen» mit «Geflüchteten». Dann lautete das Votum: Es ist erstaunlich, dass die FDP die Motion mitunterzeichnet hat. Was soll daran liberal sein, die Geflüchteten unter einen Generalverdacht zu stellen und mit einer zusätzlichen Auflage, die zu völlig unnötigen administrativen Mehrkosten führt, zu belasten? Nehmen Sie sich Ihr eigenes Votum zu Herzen; hören Sie auf Ihren Ständerat Damian Müller und lehnen Sie diese Motion ab. Besten Dank. (*Zustimmung durch Klopfenzeichen auf die Pulte*)

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen): Zur Abwechslung mal eine interessante und diskussionswürdige Idee aus Deutschland, welche auch noch rasch umgesetzt wurde. Es geht um die staatlichen Unterstützungsgelder im Asylbereich und die Form der Auszahlung; bar auf die Hand oder als Guthaben auf eine Debitkarte. In Deutschland machten die ersten Landkreise mit der Einführung eine Bezahlkarte bereits gute Erfahrungen. Zwischenzeitlich wurde die Bezahlkarte für geflüchtete Personen im deutschen Bundesrat beschlossen, mit der Unterstützung sämtlicher Parteien, auch der SPD, geschätzter Alan Sangines. Die Einführung erfolgt nun also in Deutschland definitiv bundesweit. Und noch zur Klarstellung für den Regierungsrat: In Deutschland erhalten Asylbewerber eine Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dem entsprechen für eine Einzelperson maximal 460 Euro, davon sind 204 Euro pro Monat für den persönlichen Bedarf. Erst nach 18 Monaten gibt es Anspruch auf Sozialhilfe, sprich Bürgergeld. Ukrainer bilden, wie bei uns, eine gesonderte Einheit. Nur diese erhalten sofort Bürgergeld. Für echte Flüchtlinge ist die Unterstützung mit einer Debitkarte eine verhältnismässig kleine Einschränkung, für Asylbewerber, die aus wirtschaftlichen Gründen in Europa sein wollen, ist es eher eine Abschreckung.

Die jetzt üblichen Auszahlungen von Bargeld, zum Beispiel zweiwöchentlich, sind nicht nur ein relativ grosser bürokratischer Verwaltungsaufwand, sondern stellen auch ein gewisses Sicherheitsrisiko dar. Eine Bezahlkarte würde diesen Prozess sehr vereinfachen. Auch die Anwesenheitskontrolle würde nicht wegfallen. Die Asylbewerber müssen zur Aufladung der Karte bei der für sie zuständigen Behörde persönlich erscheinen, zum Beispiel monatlich. Wir sind überzeugt, dass sich ein Anbieter für ein solches System finden lässt. Warum eigentlich nicht die ZKB als Universalbank des Kantons Zürich? Sie könnte doch ein solches Produkt entwickeln – das ist aber nur eine Idee.

In einem Punkt geben wir dem Regierungsrat hingegen recht: Für die bestmögliche Wirkung müsste eine solche Bezahlkarte gesamtschweizerisch und auf Bundesebene eingeführt werden. Zwischenzeitlich hat der Bundesrat aber entsprechenden Vorstössen eine Absage erteilt. Zudem wies er darauf hin, dass es den Kantonen freistünde, wie sie die Geldleistungen ausrichten wollen. Der Ball wird also wieder den Kantonen zugeschoben. Deshalb geben wir mit dieser Motion einen deutlichen und auffordernden Anstoss im Kanton Zürich. Wie bitten Sie, unterstützen Sie diese Motion. Danke.

Andrea Gisler (GLP, Gossau): Die Motion will, dass Asylsuchende und abgewiesene Asylbewerber künftig eine Bezahlkarte anstelle von Bargeld erhalten. Das ist weder eine neue noch eine gute Idee.

Deutschland hat sich im letzten November im Grundsatz auf eine bundesweit einheitliche Bezahlkarte geeinigt. Aber Deutschland taugt nicht als Vorbild. Die Ausgangslage ist eine ganz andere. In Deutschland haben Asylbewerbende nach 18 Monaten Aufenthaltsdauer Anspruch auf die gleichen Sozialleistungen wie deutsche Staatsbürger. Dies gibt ihnen tatsächlich die Möglichkeit, Geld an Angehörige im Heimatland zu schicken oder Schlepper zu bezahlen. In der Schweiz

funktioniert das so nicht. Die Ansätze sind knapp bemessen und liegen unter den SKOS-Richtlinien (*Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe*). Es stehen ein paar wenige Franken pro Tag zur Verfügung, um Lebensmittel und Dinge des täglichen Bedarfs zu kaufen. Da bleibt kein Geld übrig, das in die Herkunftsländer geschickt werden könnte. Die Gefahr, dass das Bargeld zweckentfremdet wird, ist also gering.

Schlepperkriminalität bekämpfen und Anreize zur illegalen Migration senken, das wollen weite Teile der Bevölkerung. Dieses Ziel wird aber nicht mit Bezahlkarten erreicht, schon gar nicht, wenn sie nur im Kanton Zürich eingeführt werden. Da braucht es andere Massnahmen.

Mit einem Bezahlkartensystem würde ein Bürokratiemonster aufgebaut. Es entstünde viel Verwaltungsaufwand, ohne dass der von den Motionärinnen gewünschte Effekt der Abschreckung erreicht würde; viel Aufwand, wenig Nutzen, kaum Wirkung. Das macht aus Sicht der Grünliberalen keinen Sinn.

Den Gemeinden ist es unbenommen, anstelle von Geldleistungen Sachleistungen auszurichten. Da braucht es keine Gesetzesänderung. Wir müssen den Gemeinden hier nicht reinreden; sie sollen selber entscheiden können, wie sie das handhaben möchten.

Die Schweiz kann die Asylkrise in Europa nicht lösen. Was der Bund aber tun kann, ist, die Asylverfahren zu beschleunigen. Ende 2023 waren über 15'000 Fälle hängig; das sind zu viele. Auch der Kanton kann Abhilfe schaffen, indem er abgewiesene Asylsuchende zeitnah wegweist beziehungsweise, wenn immer möglich, in die Herkunftsländer zurückführt; das hat Wirkung, aber nicht eine Bezahlkarte. Die Grünliberalen werden die Motion nicht überweisen.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Ich nehme an, die Motionärinnen würden folgender Aussage zustimmen: Eine Bevölkerungsgruppe braucht einen grossen und existenziellen Betrag von der Allgemeinheit und soll deshalb Restriktionen unterworfen werden, beispielsweise, weil Gelder ins Ausland abfliessen könnten. Spielen wir diesen Gedanken doch einmal weiter. Stellen Sie sich vor, wir würden andere Gruppen, die einen grossen und existenziellen Betrag von der Allgemeinheit erhalten, in gleicher Weise einschränken. Stellen Sie sich vor, wir würden die Bäuerinnen und die Bauern einschränken, wo sie ihre Traktoren und Landmaschinen kaufen dürfen. Es gebe lokale Landmaschinen, auch nur noch lokale Händler, die die neue Debitkarte für Landwirte und Landwirtinnen überhaupt akzeptieren würden. Jeder Traktor ist schliesslich eine massive Verschleuderung von Steuergeldern ins Ausland, denn der Anteil von Schweizer Traktoren ist – das wissen die Bauern hier drin – verschwindend klein. Stellen Sie sich diesen Aufschrei vor. Sie sehen, die Motion oder auch die PI weichen ab von liberalen Grundsätzen, von liberalen Grundsätzen der Gesellschaft und einer liberalen Wirtschaft. Die Dispositionsfreiheit, genauer die Handlungs- und Vertragsfreiheit des Einzelnen, würde massiv eingeschränkt, zumindest, wenn die Debitkarte so käme, wie sie hier gefordert wird. Ein Beispiel aus Deutschland – einige haben wir schon gehört, ich zitiere ein anderes, das Sie bestimmt zu diesen beiden Vorstössen inspiriert hat – geht ähnlich weit: Söder (*Markus Söder, bayrischer Ministerpräsident*)

überbietet beispielsweise alle anderen Bundesländer und plant in Bayern die sogenannte Knallhart-Bezahlkarte mit minimalem Bargeld und eingeschränktem Warensortiment, nur noch im Landkreis soll man einkaufen können. Sie, liebe Motionärinnen, Sie wollen gar kein Bargeld mehr. Sie haben sich überall das Repressivste herausgesucht aus den verschiedenen deutschen Modellen und haben sich das abgeschaut. Liebe FDP, zählt liberale Wirtschaft für Sie denn nichts mehr, wenn es um Asyl geht? (*Heiterkeit*) Emanzipieren Sie sich doch.

Bargeld hat viele Vorteile gegenüber der von Ihnen vorgeschlagenen Debitkarte, daran sollte sich die Bargeldlösung eigentlich orientieren. Einfachste Dinge wie die Auszahlung eines Taschengeldes für das Kind, den Kleiderkauf im Brocki oder eine Glace in der Badi, sofern sie sich denn das leisten können, müssten möglich bleiben. Ihre Forderung hier lässt das alles nicht zu. Sie schliesst die Möglichkeit aus, kleinere Beträge zurückzuzahlen, die man ausgeliehen hat, vielleicht etwas Geld der Mutter zu schicken, die das gerade dringend braucht, und dann halt noch mehr Budget-Hörnli zu essen. Ihre Karte bedeutet eine Einschränkung der Wahlfreiheit, so einfach ist das. Sie möchten einschränken, was eingekauft werden kann, wo eingekauft werden kann und wie eingekauft werden soll. Ihr Vorstoss basiert auf unglaublichem Misstrauen gegenüber den Menschen, die Asyl beantragen. Ihnen wird nicht zugetraut, verantwortlich mit Geld umzugehen. Eine andere Lösung wäre es, den Asylbewerberinnen und -bewerbern einen Zugang zu einem kostenlosen Basiskonto zu ermöglichen. Das wäre vielleicht etwas; das haben wir schon ein bisschen angedeutet gehört. Es gibt auch gute Beispiele aus Deutschland. Ja, die gibt es wirklich: Die Social Card aus Hannover von Oberbürgermeister Belit Onay; die funktioniert ohne Einschränkungen. Die Social Card funktioniert wie eine Debitkarte. Die Berechtigten können frei über die Verwendung ihres Guthabens entscheiden, auch unbegrenzt Bargeld abheben, aber die Karte kann nicht überzogen werden. Nur die Stadt kann das Guthaben buchen, ohne die Transaktionen zu kontrollieren. Wenn es Ihnen um die Entlastung der Behörden ginge, dann hätten Sie sich daran orientiert. Es geht Ihnen aber nicht um die Entlastung der Behörden; es geht darum, weitere Restriktionen gegen Menschen, die Asylsuchende sind, zu entwickeln.

Ihr Argument ist, Fluchtanreize liessen sich mit niedrigsten Sozialleistungen senken. Das wird seit ungefähr 30 Jahren immer wieder vorgebracht. Aber es gibt keine belastbare Evidenz, dass die Höhe der Sozialleistungen einen signifikanten Einfluss auf die Entscheidung hat, in die Schweiz zu fliehen. Wichtig bei der Entscheidung für ein Zielland sind ein stabiles Umfeld, eigene berufliche Chancen sowie persönliche Netzwerke, etwa Familienangehörige oder Freunde, die geflüchtete Menschen unterstützen könnten. Aber genau diese Unterstützung möchten Sie ja nochmals einschränken. Wir wissen, Asylsuchende überweisen erst Geld in ihre Heimatländer, wenn sie hier arbeiten können und genug Geld verdienen. Diese Pull-Faktoren sind wissenschaftlich widerlegt und hier nur emotional unterlegt. Die Motion schränkt eben nur ein, sie unterstützt weder die Behörden noch die Menschen. Wir müssen einmal mehr festhalten, es gibt leider keine Lösung von Ihrer Seite, die nicht mit Gängelung und Restriktion daherkommt. Lehnen Sie mit uns die vorliegenden beiden Vorstösse ab.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Das Ziel dieser Asylkarte soll sein, dass ein Abgewiesener oder Weggewiesener von seinen 9 Franken den grossen Teil ins Ausland schickt oder dass ein Asylsuchender in einem Durchgangszentrum von seinen 15,65 Franken viel ins Ausland schickt. Eine geniale Idee? Ich meine, eher ein Rohrkrepierer. Wenn Sie sich vorstellen, wie diese Asylsuchenden zu uns gelangt sind, was sie für Tricks anwenden mussten, um hierherzukommen, meinen Sie dann wirklich, mit dieser Bezahlkarte wären sie nicht in der Lage, Tauschgeschäfte vorzunehmen? Das ist ein Schuss in den Ofen. Wir lehnen diese Motion ab.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): In meinem persönlichen Umfeld kenne ich einige Personen, die freiwillig auf das Bezahlen mit einer Debitkarte verzichten. Sie sagen, sie hätten die bessere Übersicht über das verfügbare Geld, wenn sie Bargeld nutzen. Selbstverständlich, das ist sehr personenabhängig und ja, der Zugang zu einer Debitkarte sollte niemandem verwehrt bleiben. Ehrlich gesagt, das ist aber auch das Einzige, das ich dieser Motion und auch der PI abgewinnen kann, dass das Bezahlen mit einer Debitkarte allen zugestanden wird und unabhängig vom Aufenthaltsstatus möglich ist. Aber wie soll sichergestellt werden, dass die Gelder mithilfe einer Bezahlkarte zielgerichtet eingesetzt werden, keine Geldüberweisung ins Ausland, kein Einkauf von Unnützem, sondern nur fürs tägliche Brot und vielleicht dann doch noch einemn Schoggistängli dazu? Ich frage mich ebenfalls, wollen die SVP und FDP neue Stellen schaffen, die die Ausgaben aller Asylsuchenden überwachen, ein Heer an Kontrollierenden und Überwachenden? Das kann nicht die Lösung sein. Sind es nicht gerade die regelmässigen Kontakte, die einen Austausch und ein Gespräch ermöglichen und so eine, wenn auch kleine, niederschwellige, integrative Wirkung erzeugen? Es muss nicht immer ein langer Dialog sein, auch eine kurze Begegnung beim Bezug des wöchentlichen Geld ist wertvoll und beugt der Anonymität vor. Wir von der EVP bevorzugen diesen Weg und sagen Nein zu beiden Vorstössen. Besten Dank.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Sehr geehrte Frau Zurfluh, ich würde mir wirklich gerne mal Ihren Kontoauszug anschauen, was Sie sich im letzten Monat so alles gekauft haben. Höchstwahrscheinlich ist da nicht nur Nützliches von ausschliesslich lokalen Geschäften dabei. Sie möchten aber bestimmt nicht, dass ich mir das anschau. Das ist verständlich. Das geht mich nämlich nichts an; da haben Sie recht. Und Personen vorzuschreiben, wie, wo und wofür sie ihr zum Teil sehr wenig Geld ausgeben sollen, ist nicht nur frech, es tastet auch deren Menschenwürde an. Es handelt sich nämlich um Menschen, weder um Spreu noch um Weizen.

Asylsuchende in Durchgangszentren erhalten 15,65 Franken pro Tag, jene in Rückkehrzentren sogar nur 9 Franken. Das geben Sie vermutlich schon in der morgendlichen Kaffeepause aus. Jedenfalls werden hiervon sicher nicht 10 Prozent des BIP (*Bruttoinlandprodukt*) in Herkunftsländern finanziert, wie Sie in Ihrer Motionsbegründung schreiben. Überweisungen ins Ausland lohnen sich erst

dann, wenn diese Personen Arbeit gefunden haben. Wollen Sie jetzt auch noch deren Lohn auf diese Bezahlkarte auszahlen lassen, damit Sie bestimmen können, wo sie was kaufen dürfen? Es ist doch völlig klar: Es handelt sich hier nicht um ein Kontrollinstrument, sondern um ein Diskriminierungsinstrument. Die meisten Kinder in meiner Umgebung erhalten Kindergeld statt Sackgeld, damit sie den selbstständigen Umgang mit Geld lernen. Und Sie wollen erwachsene Menschen gängeln und kontrollieren, nur weil ihre Pässe die falsche Farbe haben.

Wir müssen diese Personen schützen und unterstützen und nicht drangsaliieren, wo es nur geht. Ohne Bargeld leben zu müssen, ist ein Verlust von Selbstbestimmung und kann auch demütigend sein, zum Beispiel, wenn der Fränkler für eine öffentliche Toilette fehlt oder das Münz für das Schwimmbad oder den Einkauf auf dem Flohmarkt. Und wenn andere Länder Demütigungen in ihre Asylpolitik mit einbauen, müssen wir das nicht auch machen. Auch das Argument, dass mehr Menschen in die Schweiz flüchten, wenn wir nicht nachziehen mit diesen Diskriminierungen, ist zynisch und verfängt nicht.

Menschen, die vor Krieg und existenziellen Krisen fliehen, können sich ihren Aufnahmestaat doch gar nicht aussuchen. Soweit sie es können – Florian Heer hat es schon ausgeführt –, suchen sie vor allem die Sicherheit eines Rechtsstaats, Arbeit und die Nähe von Verwandten oder Freunden. Vom Szenario einer Sozialleistungsbezahlkarte werden sie sich wohl kaum beeindrucken lassen. Die Schweiz und Zürich könnten hier ein Zeichen setzen, indem sie nicht mitmachen bei diesem vulgären Wettbewerb westlicher Staaten, wer Geflüchtete am schlechtesten behandeln kann. Die Alternative Liste setzt sich ein für ein menschenwürdiges Leben für alle und wird diese diskriminierende Motion bestimmt nicht überweisen.

Markus Bopp (SVP, Otelfingen): Eine Replik auf Florian Heer: Das war aus meiner Sicht sehr unanständig, dass Sie die Landwirtschaft verglichen haben mit den Asylbewerbern. Natürlich sind beide Gruppen Menschen, aber bei den Landwirtinnen und Landwirten in der Schweiz handelt es sich zum allergrössten Teil um rechtschaffende Menschen, die sehr viel arbeiten. *(Zwischenrufe)* Es handelt sich um Menschen, die ihr Leben selber im Griff haben, die viel arbeiten, wenig verdienen.

Ratspräsident Jürg Sulser: Darf ich um Ruhe bitten auf der linken Seite. Danke. *(Heiterkeit)*

Markus Bopp fährt fort: Ich habe nicht gesagt, dass Asylbewerber nicht rechtschaffene Menschen sind. Sie können das doch nicht einfach vergleichen. Sie haben es natürlich gemacht, weil Sie gewusst haben, dass Sie uns triggern damit. Aber das ist unanständig. Fangen Sie nicht mit solchen Vergleichen an. Das passt nicht. Die Landwirtinnen und Landwirte in der Schweiz haben das nicht verdient, dass Sie so einen Vergleich machen. Ich habe nie gesagt, Asylbewerber seien keine Menschen. Aber Sie haben den unanständigen Vergleich gemacht.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Ich erlaube mir auch noch eine Replik auf diverse Aussagen, einleitend an die Adresse von Herrn Alan Sangines: Ich habe mit Genugtuung mitangehört, dass Sie Ihre deutschen Genossen als destruktiv bezeichnen. Dann an die Adresse von Florian Heer: Du hast gesagt, es zeuge von einem Misstrauen gegenüber den Asylbewerbern. Von meiner Seite als Mitunterzeichner kann ich dir darlegen, es geht nicht um Misstrauen gegenüber den Asylbewerbern, sondern es geht um Misstrauen gegenüber diesem ganzen System, gegenüber diesen Schlepperbanden. Und hier möchte ich ergänzen an die Adresse von Josef Widler: Du hast die einzelnen Tagessätze für Einzelpersonen genannt. Aber es ist nun halt auch so, dass ganze Familien hierherkommen, mehrköpfige Familien, und dass sich da höhere Beträge über den ganzen Monat zusammenläppern. Da ist es uns ein Anliegen und es ist unsere Aufgabe sicherzustellen, dass das Geld, welches ausbezahlt wird, dass das Geld dieser Familie zugutekommt, diesen Kindern zugutekommt und nicht ins Ausland an Schlepperbanden überwiesen wird.

Es ist mir grundsätzlich ein Rätsel, was Sie jetzt da alles zusammenkonstruiert haben. Sie haben gesagt, man müsse mit dem einzelnen Bauernlädeli Vereinbarung abschliessen und solchen Stuss. Lesen Sie doch diese Anträge; lesen Sie die Motion und die PI. Den Initianten geht es um drei Sachen bei der Einschränkung: Überweisungen ins Ausland einschränken, höhere Überweisungen im Inland einschränken und Zahlungen an Geldtransfer-Drittfirmen verunmöglichen. Es steht nirgends, aber gar nirgends, dass kein normaler Bancomat-Bezug möglich sein soll. Lesen Sie bitte diese Anträge, bevor Sie hier ins Bashing einsteigen. Sie haben jetzt die Möglichkeit zudem, diese Motion zu überweisen. Dann geben Sie der Regierung den Auftrag, diese Bezahlkarte zu ermöglichen; es gibt eine Vernehmlassung bei den Gemeinden und bei den Sozialhilfeorganisationen. Dann kann man mitgestalten. Sie haben die Wahl, diesen Weg zu beschreiten, der Motion zum Durchbruch zu verhelfen. Oder Sie haben die Wahl, jetzt Nein zu sagen, dann kommt danach beim übernächsten Traktandum halt die PI durch; dann steht es im Sozialhilfegesetz. Insofern haben Sie jetzt die Möglichkeit, sachlich nüchtern dieser Idee eine Chance zu geben. Und ich denke, dass ist grundsätzlich auch im digitalen Zeitalter nicht so ein Bürokratiemonster, wie Sie das eben bezeichnet haben. Besten Dank. *(Zustimmung durch Klopfen auf die Pulte)*

Ratspräsident Jürg Sulser: Bitte unterlassen Sie es auch auf der rechten Seite.

Alan David Sangines (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Beginnen wir mal mit dem letzten Votum von Stefan Schmid. Er hat uns vorgeworfen, dass wir die Motion nicht richtig gelesen hätten. Natürlich haben wir sie gelesen. Aber Sie verweisen ja permanent auf die Beispiele aus Deutschland, auf diese grosse, grosse Superidee aus Deutschland. Dort hat man die folgenden Erfahrungen gemacht: Wenn man eine neue Karte einführt, die es bisher noch nicht gegeben hat, dann muss diese Karte ausgeschrieben werden, mit den Finanzdienstleistenden müssen Verträge abgeschlossen werden und man muss schauen, dass man Verträge mit den Geschäften macht, die das akzeptieren, weil es eine neue Karte ist.

Wenn Sie wirklich dafür sorgen wollen, dass es weniger Bargeld gibt – das hat auch Frau Camenisch gesagt, wobei ich daran erinnern möchte, dass es irgendwie diese Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» gibt, die die SVP unterstützt mit dem Satz «Bargeld als unabhängiges Zahlungsmittel ist der Grundpfeiler unseres Wohlstandes und der freien souveränen Schweiz», gut, das gilt dann für Geflüchtete nicht mehr –, wenn Sie das also wirklich wollen, dann gibt jetzt schon diese Möglichkeit, man kann jetzt schon als asylsuchende Person ein Konto bei der PostFinance (*Schweizer Finanzinstitut*) eröffnen. Also alles, was Sie mit dieser Sicherheit, dass es kein Bargeld mehr geben soll, wollen, das geht jetzt schon. Ich weiss also gar nicht, was das Problem ist. Aber wenn Sie ein neues System einführen, eine neue Karte, ein neues Zahlungsmittel, ja selbstverständlich, dann muss man das alles regeln, Herr Schmid.

Ich bin froh, dass Sie sich darum sorgen – sowohl Frau Camenisch als auch Herr Schmid –, wie wir mit der SPD in Deutschland klarkommen. Man muss einfach schauen, wie die gesetzlichen Grundlagen in Deutschland waren. Bislang war es in Deutschland so, dass Geflüchtete vorrangig Sachleistungen erhalten sollten, oder Menschen, die ausserhalb von Gemeinschaftseinrichtungen leben, vorrangig Bargeld. So war es bisher in Deutschland. Jetzt mit der Gesetzesrevision erhalten die Länder und Kommunen mehr Möglichkeiten, wie sie die Leistungen erbringen sollen, unter anderem beispielsweise mit einer Bezahlkarte. Wir sind hier schon viel weiter als Deutschland. Deshalb braucht es das bei uns erst recht nicht. Darum kann man vielleicht verstehen, dass in Deutschland die gesetzlichen Grundlagen geschaffen wurden, damit auch eine Bezahlkarte möglich ist. Aber wir sind weiter und können deshalb getrost auf diese Tipps aus Deutschland, die, verglichen mit der Schweiz, etwas hintendrein sind im Asylsystem, verzichten.

Noch als Letztes: Frau Camenisch hat das Risiko angesprochen. Sie hat gesagt, mit dieser Karte gebe es weniger Risiken als beim Geld. Auch da die Erfahrungen aus Deutschland: Dort hat man geschaut, es gab Tests von IT-Unternehmen, die geschaut haben, wie sicher diese Karten sind. Dort hat man gesehen, dass man sich bei allen Karten relativ einfach reinhacken konnte. So wäre es wahrscheinlich für Kriminelle möglich gewesen, Geld abzubuchen, Online-Käufe vorzunehmen, obwohl das verboten ist, Inhalte der Apps für Betrugszwecke wie Phishing zu verwenden. Das heisst, die Asylleistungen – das stimmt – wären nicht zu den Geflüchteten, sie wären auf die Konten der Kriminellen geflossen. Ich weiss nicht, ob das viel besser ist.

Deshalb frage ich mich wirklich, warum Sie jetzt noch an der PI festhalten. Wir haben es gehört, es gibt keine Mehrheit für dieses Bürokratiemonster. Ich verstehe nicht, warum man jetzt den Rat darum bemüht, gleich zweimal über diese Diskussion abzustimmen, für ein Bürokratiemonster, das nichts bringt.

Vielleicht noch ein letztes Zitat zu den Wirtschaftsflüchtlingen, zu diesem Thema gibt es nichts, was die FDP nicht schon beantwortet hätte. Ich zitiere nochmals FDP-Ständerat Damian Müller: «Wirtschaftsflüchtlinge werden immer einen Weg finden, um Geld ins Ausland zu schicken, etwa indem sie die gekauften Produkte weiterverkaufen.» Also dass dieses grosse Problem existiert und dass Sie es angehen wollen, daran glaubt nicht mal in Bundesbern die FDP, dass es sich damit

lösen lässt. Deshalb bitte ich Sie, lehnen Sie das ab und ziehen Sie Ihre PI zurück. Sie sorgen damit für Effizienz im Rat. Wir haben vor ein paar Wochen darüber diskutiert, wie wir hier die Effizienz durch die Reduktion von Ratssitzungen erhöhen könnten. Hier könnten Sie einen Beitrag leisten bei einer chancenlosen Motion und einer chancenlosen PI. Besten Dank.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Die Befürworter der Motion wollen vor allem eines: Sie wollen eine lösungsorientierte, konstruktive Asylpolitik. Es gibt Missbräuche, auch Geldmissbräuche in der Asylpolitik. Mit dieser Lösung kann man dieses Problem angehen. Es geht nicht darum, dass man irgendwen schikanieren will, nein, es geht darum, dass die Asylbewerber – klar reden wir von den redlichen Asylbewerbern –, dass die geschützt werden. Und das ist mittels Bezahlkarte möglich.

Ich weiss nicht, ob Sie die heutige Zeitung schon gelesen haben (*Der Votant hält die Gratiszeitung «20 Minuten» hoch*). Hier hat es einen Artikel über Schlepper-Mafia und so weiter, einen grossen Artikel. Der zeigt das Problem auf, in dem wir uns befinden. Das ist eine Möglichkeit, um dieses Problem anzugehen, der Schlepper-Mafia das Wasser abzugraben. Hier ist eine konstruktive Lösung möglich. Und das hat überhaupt nichts mit einem Bürokratiemonster zu tun. Wir haben es ja gehört: Wenn 33'000 Asylbewerber auf die Gemeinden müssen, um ihr Bargeld abzuholen, ist das doch ein viel grösserer Aufwand, als wenn das Geld einfach auf die Karte überwiesen wird. Ganz sicher ist die Bargeldauszahlung ein wesentlich grösserer Aufwand. Wir wollen den Schutz der Asylbewerber vor der Schlepper-Mafia.

Und zu Herrn Heer möchte ich einfach noch sagen, es ehrt mich, dass er sich Sorgen um die Landwirtschaft macht. Ich kann ihn aber beruhigen, die Landwirtschaft ist clever genug (*Heiterkeit*), um sich gegen jegliche Mafia zu wehren. Daher denke ich, Sie können beruhigt der Landwirtschaft vertrauen. Dann setzen Sie auf das richtige Pferd.

Nochmals: Die Bezahlkarte ist kein Diskriminierungsinstrument; die Bezahlkarte ist ein zukunftsgerichtetes Instrument zum Wohl aller. Eine Lösung der Probleme ist mit diesem System garantiert. Danke vielmals.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Herr Sangines, ich gebe Ihnen nochmals die Möglichkeit zu sprechen. Sie haben uns ein wunderbares Rechnungsbeispiel gemacht. Können Sie mir bitte vorrechnen, was uns denn die Barauszahlung kostet? Ich behaupte, die kostet uns viel mehr. Bitte, rechnen Sie mir das doch vor.

Dann zum primitiven Bauern-Bashing von Florian Heer: Was machen wir Bauern mit den Unterstützungsleistungen? Wir produzieren Nahrungsmittel, unter anderem auch für die Hunderttausenden von Leuten, die jährlich in unser Land strömen. Noch ein bisschen Nachhilfeunterricht: Diese Direktzahlungen werden grösstenteils für ökologische Leistungen ausbezahlt, grösstenteils. Das sollten Sie eigentlich wissen. Dann frage ich Sie: Was leisten denn die Asylbewerber, welche wirtschaftliche Leistung erbringen sie für die Unterstützung, die sie in unserem

Land erhalten? Dieser Vergleich ist einfach unverschämt, den Sie hier angestellt haben.

Dann lohnt sich tatsächlich ein Blick nach Deutschland. Ich hoffe, auch der Sicherheitsdirektor (*Regierungsrat Mario Fehr*) wird uns einen Erfahrungsbericht aus Deutschland machen. Er war ja bekannterweise an der EM (*Europameisterschaft*). Wir kennen da die Situation aus dem Landkreis Eisfeld in Thüringen. Dort haben sie die Bezahlkarte am 1. Dezember eingeführt für 400 Asylbewerber. Was ist passiert? 56 sind sofort abgereist, haben den Landkreis sofort verlassen. Also, ein positiver Effekt, viel weniger Kosten, eine Wohnung wird frei, ein Termin beim Arzt wird frei, allenfalls ein Platz in der Schule und so weiter. Das ist der positive Effekt, den wir wollen. Und wenn die Asylbewerber hierbleiben, dann sollen die Gelder eben nicht missbraucht werden, nicht an illegale Schlepperbanden überwiesen werden oder in die Heimatländer geschickt werden. Deshalb braucht es die Bezahlkarte.

Susanne Brunner (SVP, Zürich): Ich bin schon etwas erstaunt und reibe mir die Augen über diese Debatte heute. Ich höre, dass sich die Digitalisierungsparteien von GLP bis links mit Händen und Füßen wehren, wenn wir hier im Asylbereich einen Schritt in Richtung Digitalisierung machen wollen. Ich frage Sie, was ist denn mit Ihnen los? Es ist ja nicht so, dass wir diese Umstellung machen und dann in zwei Jahren mit dem Asylwesen abrechnen und die Zelte einrollen. Nein, wir werden das Asylwesen, so wie wir heute aufgestellt sind in der Schweiz, dieses noch einige Jahrzehnte weiterführen. Also, wenn auf linker Seite von einem Bürokratiemonster gesprochen wird, natürlich, eine Umstellung ist mit Initialkosten verbunden. Das wissen wir alle bestens. Wir sind ja ununterbrochen dabei, uns mit Digitalisierung zu beschäftigen, auch im Zusammenhang mit der kantonalen Verwaltung. Also sollten wir uns hier nicht scheuen. Ich kann darum die Ängste auf der linken Ratsseite und bei der GLP überhaupt nicht nachvollziehen. Auch kann ich das Argument nicht im Raume stehen lassen, wir würden die Menschen einschränken, wenn sie eine Bezahlkarte ausgehändigt bekommen. Wenn ich heute in einem Supermarkt mit Bargeld bezahle, dann muss die Kassiererin oder der Kassierer regelmässig auf Stornieren drücken beim elektronischen Zahlungssystem, weil es so weitverbreitet ist, digital zu bezahlen. Die Initiative, die eidgenössische Volksinitiative, die heute erwähnt wurde, die ist nicht eingereicht worden, weil wir das Gefühl haben, das Bezahlen mit Bargeld würde überleben, sondern weil gewisse Kreise das Gefühl haben und eine Entwicklung sehen, dass das Bargeld verdrängt wird. Darum sehe ich Ihre Argumente ins Leere laufen. Wenn wir die Asylbewerber hier mit digitalen Bezahlkarten ausrüsten, sind sie überhaupt nicht eingeschränkt im Bezahlen. Und Kollege Domenik Ledergerber hat es richtig erwähnt: Natürlich verursacht auch das Aushändigen von Bargeld hohe Kosten. Es gibt sogar schon KMU-Betriebe, die das Bargeld abschaffen wollen, weil die Bargeldhaltung und das Aushändigen von Bargeld mit enorm hohem Aufwand verbunden ist. Mein Appell an die Digitalisierungspartei GLP und an die linken Parteien ist, hier nicht zurückzuschrecken vor der Digitalisierung und dem bargeldlosen Zahlen, sondern das jetzt hier mit zu unterstützen. Besten Dank.

Ratspräsident Jürg Sulser: Ich habe gedacht, es würde heute ein bisschen weniger lang gehen bei diesem Traktandum. Darum begrüsse ich jetzt recht herzlich auf der Tribüne die 2./3. Sekundarschule der Freien Evangelischen Schule. Recht herzlich willkommen bei uns. Sie haben eine angeregte Debatte, die Sie heute besuchen. Geniessen Sie es. Dann ist noch der zweite Teil des Bike-Clubs von Würenlos da. Geniesst es, es ist sehr amüsant. (*Heiterkeit*)

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen): Also, das Bashing geht mir schon auf den Wecker, muss ich schon sagen. Wir müssen schon schauen, dass wir differenziert sprechen. Die Asylsuchenden, die wirklich aus Not um Leben oder Tod hierher in die Schweiz geflüchtet sind, sind nicht freiwillig hier. Da müssen wir differenziert sprechen. Wir schmeissen alle Asylsuchenden in den gleichen Topf. Das geht einfach nicht.

Aber die Wirtschaftsflüchtlinge, die sind eben schon auch ein Problem, und diejenigen, die unberechtigt hier sind. Da brauchen wir einfach eine Lösung. Meine Eltern, meine Tanten und Onkel, die vor Pol Pot (*kambodschanischer Diktator*) hierher geflüchtet sind – unfreiwillig –, sie hatten eine wunderschöne Zeit in Kambodscha. So habe ich es zumindest mitbekommen aus ihren Geschichten, die sie erzählt haben. Sie hatten nie die Idee gehabt, hierherzukommen – wieso auch, es war doch schön dort –, aber sie mussten hierherkommen. Ich bin hundertprozentig davon überzeugt, dass sie auch mit einer Bezahlkarte glücklich gewesen wären. Denn sie wussten, dass sie das Geld bekämen, damit sie hier leben können, damit sie hier ein neues Leben aufbauen können. Ich bin überzeugt, sie wären damit einverstanden gewesen. Die Leute, die damit nicht einverstanden wären, glaube ich, das sind diese Leute, die uns ausnehmen wollen. Und wir, die früheren Ausländer, wir hätten diese Leute hier nicht gerne gehabt, denn die nehmen uns genau diese Plätze weg, die wir brauchen. Die Leute, die Schutz suchen, die schutzbedürftig sind, haben hier eben keinen Platz mehr, weil die Leute, die hier sind, uns ausnehmen. Besten Dank.

Florian Heer (Grüne, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Besten Dank fürs nochmalige Wort. Illegale Schleppertätigkeiten sind selbstverständlich Sache der Polizei. Hier vertraue ich der Kantonspolizei. Das hier mit der Karte zu bemühen, ist fehl am Platz.

Ein paar Reaktionen auf die Reaktionen, denn die Reaktion der SVP zeigt eindeutig, welchen Stellenwert sie einzelnen Menschengruppen zuschreibt oder beimisst. Und die SVP – das möchte ich von ihr bitte noch erklärt haben –, die SVP spricht von «Spreu und Weizen». Ich frage Sie: Welche Spreu möchten Sie von welchem Weizen getrennt haben? Wir hier drin sprechen doch hoffentlich alle von Menschen.

Und noch an die FDP: Ich bin sehr dafür, dass wir differenziert über diese Thematik sprechen. Besten Dank für das engagierte Votum, Yiea Wey Te. Aber davor hat eine Sprecherin der FDP echte und unechte Geflüchtete unterschieden, ohne es zu belegen. Anscheinend soll die Karte hierbei helfen. Das konnte sie leider

nicht ausführen. Ich möchte sie bitten, das noch noch zu tun, ansonsten sind sie unangemessen, diese selbstgefällten Urteile. Dafür haben wir den ordentlichen Prozess. Das steht uns nicht zu, das hier so salopp zu sagen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die SVP auch Anträge zum Bargeld gemacht hat. Ich glaube, das war bei der Kantonalbank, nämlich, dass die Kantonalbank jederzeit Bargeld an den Schaltern zur Verfügung stellen muss. Sich hier als fortschrittliche Digitalisierungspartei zu zeigen, ist ein bisschen widersprüchlich. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Besten Dank.

Andrea Gisler (GLP, Gossau) spricht zum zweiten Mal: Die Digitalisierungspartei wurde so oft erwähnt, dass ich doch noch kurz etwas sagen möchte. Selbstverständlich ist die GLP für die Digitalisierung, nämlich dort, wo sie Sinn macht. Und Bezahlkarten im Kanton Zürich haben jetzt sicher keine abschreckende Wirkung. Da sind andere Faktoren entscheidend. Ich staune schon etwas, dass die deutsche Ampel-Regierung jetzt Vorbild für die SVP ist. *(Heiterkeit)*

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) spricht zum zweiten Mal: Ich erlaube mir nochmals eine Replik an die Adresse von Florian Heer: Du hast vorhin erwähnt, es sei ein Unding, von echten und unechten Flüchtlingen zu sprechen. Jetzt ist es aber wohl doch so, dass es ja zwischendurch Asylbewerberinnen oder Asylbewerber gibt, deren Gesuch aus berechtigten Gründen abgelehnt wird. Und diese Personen sind auch hier über eine längere Zeit. Es gibt auch Personen, welche nicht verfolgt waren und in die Schweiz kommen und sich aufgrund der Flucht überhaupt erst straffällig gemacht haben, Beispiel Eritrea. Daher, es gibt diese echten, tatsächlich verfolgten Menschen um Leib und Leben. Es gibt aber auch die anderen. Ansonsten hätten wir eine 100-Prozent-Aufnahmequote.

Dann, etwas spassig finde ich schon Ihre Darstellung, wonach die Kantonspolizei Zürich den Schlepperbanden das Handwerk legen soll. Ich traue Sicherheitsdirektor Mario Fehr einiges zu, aber dass er seine Truppe irgendwo ins Mittelmeer entsendet mit Fregatten und den Schlepperbanden das Handwerk legt, da, glaube ich, muten Sie unserer Kantonspolizei etwas viel zu. Ich möchte Sie wirklich ermuntern, dieser Motion zuzustimmen. Sie können damit den Rückzug der PI erwirken *(Heiterkeit)*, welche beim übernächsten Traktandum kommt. Wenn Sie das nicht können und nicht über den eigenen Schatten springen können, dann sagen Sie der PI zu. Und wenn Sie auch das nicht zustande bringen, dann gibt es ja eventuell noch die Möglichkeit für eine Volksinitiative. Kollege Paul Mayer und ich haben bereits bewiesen, dass man zu zweit die notwendigen Unterschriften sammeln kann. Wir würden es auch bei diesem Thema hinbringen. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil) spricht zum zweiten Mal: Wir haben jetzt hier sehr viele Voten gehört. Was hinlänglich bekannt ist, ist, dass viele Asylbewerber Tausende von Franken für ihre Flucht ausgegeben haben – wir haben es gehört –, sei es an Schlepperbanden, Schlepper-Mafia oder wie man sie auch im-

mer nennen möchte. Wir wissen auch, dass sie meistens mit einem Handy ankommen, sie sind also schon elektronisch ausgestattet. Und wenn Sie beispielsweise bei Banken nachfragen, dann weiss man, dass der Zahlungsverkehr zu 80 Prozent über elektronische oder eben digitale Mittel tendiert. Fragen Sie sich selber, wie oft Sie noch mit Bargeld bezahlen. Oder fragen Sie doch die neue Generation hier oben auf der Tribüne, wie oft sie noch Bargeld in die Hände nimmt.

Dann der Vergleich, Taschengeld auszubezahlen wie an kleine Kinder, also das finde ich persönlich eher menschenunwürdig. Wir haben es gehört, Bargeld auszubezahlen, da warten wir noch auf die Hochrechnung von der linken Seite, wenn man das berechnet bei 160 Gemeinden, auch die Stellen – wir wissen, für eine Stelle beim Staat, da können Sie mal mit 120'000 Franken rechnen – und dann ist ja der Bargeldtransport mit dem Hochsicherheits-Camion auch noch dazuzurechnen. Wir wissen, auch wenn der tägliche Betrag nur zwischen 9 und 15 Franken ist, kommt ein ansehnlicher Betrag zusammen; vielleicht nicht für uns, aber für Menschen aus Herkunftsländern – ich habe es erwähnt –, ist das ein Jahresgehalt, was sie bei uns in einem Monat erhalten. Also geben Sie dem Kanton Zürich die Möglichkeit, hier ein Pilotprojekt anzustossen. Sonst wird es, davon bin ich überzeugt, die Zeit richten. Danke.

Ratspräsident Jürg Sulser: Alan Sangines wurde direkt angesprochen. Deshalb darf er nochmals sprechen.

Alan David Sangines (SP, Zürich): Ich will es wirklich kurz machen und hoffe, dass das auch den Grundlagenirrtum aus dem Weg räumt und Sie damit die PI zurückziehen können.

Ich wurde jetzt etwa 37-mal gefragt, wie viel die Bargeldauszahlung in den Gemeinden kostet. Ich muss schon sagen, bitte hören Sie doch ein bisschen in der Debatte zu. Ich äussere mich jetzt zum dritten Mal. Und ich habe Ihnen schon zweimal erklärt, dass heute schon die digitale Bezahlung für Geflüchtete möglich ist. Sie können heute bei der PostFinance ein Konto eröffnen. Sie können in all ihren Gemeinden jetzt schon die Zahlung auf elektronische Zahlung umstellen. Es ist überhaupt kein Problem. Ich verstehe wirklich nicht, warum Sie dauernd mit diesen Phrasen kommen und diese wiederholen und wiederholen, obwohl die Fakten eine komplett andere Sprache sprechen. Nein, ich kann Ihnen nicht sagen, wie viel die Bargeldauszahlung kostet. Aber ich kann Ihnen sagen: Sie können in Herrliberg dafür sorgen, dass jetzt schon auf digital umgestellt wird. Dann sparen Sie diese Kosten und Sie sparen auch mehrere tausend Franken, die diese Bezahlkarte kosten würde durch ein Konto bei der PostFinance. So einfach ist das. Besten Dank.

Regierungsrat Mario Fehr: Denke ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht. (*Heiterkeit*) Ich kann nicht mehr die Augen schliessen, und meine heissen Tränen fliessen. Soweit Heinrich Heine (*deutscher Dichter*), der ist mir spontan eingefallen, als ich diesen Vorstoss gesehen habe. Ich habe mir überlegt, wieso die grösste Volkspartei der Schweiz, die wählerstärkste Partei, die

Partei mit zwei Bundesräten, die Partei, die es eigentlich besser wissen sollte, wie es im nördlichen Nachbarland zugeht, wieso ausgerechnet die SVP einen Vorstoss von Bundeskanzler Scholz (*Olaf Scholz*) hier aufnimmt. Deutschland ist – nicht was die Europameisterschaft anbelangt, das machen sie gut, aber was die Asylpolitik anbelangt – ein Failed State. In Deutschland geht gar nichts mehr, rein gar nichts mehr. Ich lasse mir jede Woche die Dublin Out- und die Dublin In-Flüge (*Dubliner Übereinkommen*) kommen, also dorthin, wo die Asylsuchenden zurückkehren müssen, nachdem sie einen ersten Fingerabdruck hinterlassen haben. Wir schaffen regelmässig nach Deutschland aus und nach Frankreich und nach Portugal und nach Spanien. Aus Deutschland ist seit Wochen, seit Monaten kein Asylsuchender mehr hierher in die Schweiz zurückgekommen. Deutschland ist ein Failed State. Und immer dann, wenn es einer Regierung schlecht läuft – und der rotgrünfreisinnigen Regierung in Deutschland läuft es wahrscheinlich nicht besonders gut, wenn man die Europa-Wahlen anschaut –, immer dann, wenn Regierende nicht mehr wissen, was zu machen ist, dann kommen sie auf irgendeine tolle administrative Idee. Die Deutschen wissen bei den meisten Asylsuchenden gar nicht mehr, wo sie sich aufhalten. Die Deutschen haben Zehntausende von Schutzsuchenden aus der Ukraine, die nicht registriert sind. Deutschland ist ein Failed State. Wieso irgendjemand hier drinnen behaupten kann, irgendetwas in Deutschland funktioniere noch, das, muss ich Ihnen sagen, das verstehe ich nicht. Ihre eigene Ständerätin Esther Friedli hatte diese Frivolität nicht. Sie hat wenigstens ein Postulat gemacht und gesagt, man solle einmal die Vor- und Nachteile aufzählen. Sie hingegen sagen «Deutschland, Deutschland überall alles», Deutschland mache es richtig, Deutschland habe die Lösung gefunden, Deutschland führe die Bezahlkarte ein, und wenn diese auch in der Schweiz eingeführt werde, gebe es in Europa keine Asylprobleme mehr. Deutschland als Vorbild – gute Nacht, Schweizerische Volkspartei, gute Nacht.

Wenn Sie wirklich eine kohärente Asylpolitik machen wollen, dann müssen wir ein paar Sachen berücksichtigen: Ja, wir haben Probleme im Asylbereich, ganz Europa hat Probleme, Frankreich, Deutschland, Österreich, von Italien ganz zu schweigen. Alle haben die Kontrolle über ihr Asylsystem vollständig verloren. In der Schweiz ist es Gott sei Dank noch nicht soweit, weil die Kantone – und vor allem auch die Gemeinden – in die Asylpolitik eingebunden sind. Aber ja, und das muss ich Ihnen auch sagen: Wir haben Probleme in der Asylpolitik. Wir haben viel zu viele offene Gesuche. Wir haben hier und heute 13'000 offene Asylgesuche. Wir haben 6000 offene Gesuche mit Schutzstatus S, normal wären es 5000 Gesuche. Das ist etwa der Benchmark, den der Bund haben sollte. Der Bund versagt komplett bei der Abarbeitung der Asylgesuche. Und das ist das Entscheidende: Wenn Sie eine kohärente Asylpolitik wollen – und dieses Land, dieser Kanton hat dem Asylgesetz 2017 zugestimmt, im Kanton Zürich mit über 70 Prozent –, dann müssen Sie rasche Verfahren durchführen. Rasche Verfahren sind das A und O. Und das Zweite neben den raschen Verfahren: Sie müssen vollziehen. Ich danke für alle Kundgebungen für die Kantonspolizei, auch für mein kan-

tonales Migrationsamt. Die Kantonspolizei vollzieht 90 Prozent der abgewiesenen Asylgesuche ab Flughafen Kloten; letztes Jahr rund 2700, alle ab Flughafen Kloten, ein paar noch ab Genf, einige wenige ab Basel. Wir vollziehen das. Ich muss Ihnen sagen, nach 13 Jahren Asylpolitik, nachdem ich gesehen habe, wie die Kantone und wie vor allem die Gemeinden ihre tagtägliche Arbeit leisten, habe ich keine Lust mehr, irgendwelche Schaumschläger-Vorstösse aus Deutschland hier in die Tat umzusetzen, dazu habe ich wirklich keine Lust. Ich mache eine kohärente Asylpolitik. Sie passt vielen hier drin, die einfach alle aufnehmen wollen, nicht. Sie (*gemeint ist die SVP*) wollen gar niemanden hier haben, das passt mir auch nicht. Wir vollziehen das schweizerische Asylgesetz jeden einzelnen Tag. Und ich bin froh, ich sage es hier deutsch und deutlich, ich bin froh, dass das Migrationsamt, die Kantonspolizei, die Kantone und die Gemeinden, die einen unendlich wichtigen Dienst leisten hier in diesem Kanton, dass wir das Asylrecht vollziehen und nicht Sie. Danke vielmals.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 94 : 77 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 57/2024 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.